

Marianne Demmer
Ulrich Freese
Wolfgang Rhode
Annelie Buntenbach

Deutscher
Gewerkschaftsbund

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Telefon: 030/24060-259/260
Telefax: 030/24060-276

E-mail: annelie.buntenbach@dgb.de

bun/loz

Datum
18.01.08

Integrationspolitik

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die Gewerkschaften haben sich im letzten Jahr intensiv an der Erarbeitung des Nationalen Integrationsplans (NIP) beteiligt und das Ergebnis begrüßt – trotz einiger Kritik. Im Mittelpunkt unseres Engagements, mit dem wir in der Arbeitsgruppe 3 des NIP mitgearbeitet haben, standen dabei zwei grundlegende Auffassungen:

1. Migrantinnen und Migranten sind Teil der Gesellschaft, sie tragen maßgeblich zur ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung bei. Gleichwohl werden ihre Kompetenzen und Fähigkeiten in Bildung, Arbeitswelt und sozialem Umfeld noch nicht ausreichend anerkannt und gefördert. Wo Defizite bei der Integration bestehen, bedarf es des Willens der Migrantinnen und Migranten, aber auch der gesamten Gesellschaft, der staatlichen Institutionen und ihrer Repräsentanten, diese durch Fördermaßnahmen zu beheben. Integration gelingt nur als ein Prozess auf Gegenseitigkeit und gleicher Augenhöhe.
2. Die gesellschaftliche und ökonomische Integration kann nur gelingen, wenn Migrantinnen und Migranten stärker als bislang teilhaben und auch an den Entscheidungen partizipieren können. Dagegen tragen Diskriminierungen und Vorurteile in der Bevölkerung zur gesellschaftlichen Ausgrenzung bei und führen bei den Migrantinnen und Migranten selbst zu Frustration und Ablehnung der gesellschaftlichen Ordnung.

In den letzten Wochen mussten wir mit großer Sorge zur Kenntnis nehmen, dass der positive, im Integrationsgipfel begonnene Prozess durch die vielfach unsachlich geführte Auseinandersetzung um die Entwicklung der Jugendkriminalität gefährdet wird. Keine Frage, der Staat hat eine Verantwortung für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Er muss mit präventiven und restriktiven Maßnahmen dazu beitragen, Straftaten zu verhindern und zu ahnden. Im Mittelpunkt der notwendigen Maßnahmen muss die Vorbeugung und Verhütung von Straftaten stehen. In diesem Zusammenhang sind auch bereits straffällig gewordene Jugendliche in den Blick zu nehmen, und die Bemühungen zur (Wieder-)Eingliederung in die Gesellschaft sind zu intensivieren.

Oft genug fehlt es aber an ausreichendem Personal – in den Sozialämtern, in Schulen und Jugendeinrichtungen. Kinder und Jugendliche, gleich ob deutscher oder ausländischer Herkunft, und ihre Familien müssen gezielt und erfolgreich gefördert werden. Das gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien, denn sie wachsen häufiger als andere in Lebensverhältnissen auf, die von Aggression und mangelnder Förderung geprägt sind. Im August 2007 waren mehr als eine Million Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren auf ALG-II-Leistungen angewiesen. Dabei ist Hessen das einzige Bundesland, in dem die Zahl der Jugendlichen, die auf diese Leistungen angewiesen sind, gestiegen ist. Die Politik muss hier ihrer Verantwortung mehr als bislang gerecht werden und mit ihren Maßnahmen die Ursachen für Jugendkriminalität beseitigen.

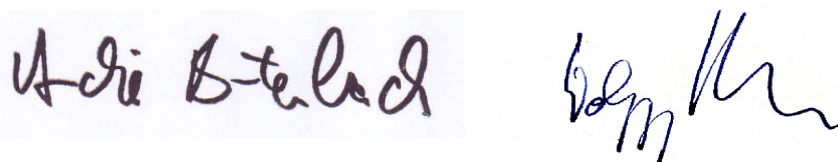
Notwendig ist eine sachliche und lösungsorientierte Debatte über die Entwicklung der Jugendkriminalität und deren Bekämpfung, und – wie Sie in Ihrem Interview mit der "WELT" deutlich gemacht haben – nicht ein Landtagswahlkampf, in dem Differenzen stärker in den Vordergrund gerückt werden. Im Gegenteil: Die Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten Koch und anderer Vertreterinnen und Vertreter der Unionsparteien sind geeignet, vorhandene Vorurteile und Vorbehalte zu legitimieren und weiter zu verstärken. Der Ruf nach schnellerer Ausweisung ausländischer Straftäter verdeckt zudem, dass ein wesentlicher Teil der Straftaten von Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit verübt wird, die nicht ausgewiesen werden können. Zudem bietet er der rechtsextremen Propaganda Anknüpfungspunkte für ihren fremdenfeindlichen Wahlkampf.

Die Unterzeichner sind überzeugt, dass weitere, insbesondere präventive Maßnahmen zur Eindämmung der Jugendkriminalität erforderlich sind. Die von den Innenministern der CDU und der CSU vorgeschlagenen Eckpunkte sind dagegen aus unserer Sicht wenig geeignet und tragen kaum zur Abschreckung bei. Wer schnellere Gerichtsverfahren einfordert, muss auch die personelle Ausstattung der Gerichte verbessern. Eine verbesserte Aufklärung setzt mehr Personal bei der Polizei voraus.

Die Gewerkschaften setzen sich für eine Gesellschaft ein, in der alle Einwohnerinnen und Einwohner ohne Angst vor Gewalt leben können. Jugendkriminalität und rechtsextreme Gewalt, die sich häufig gegen Migrantinnen und Migranten richtet, müssen gleichermaßen bekämpft werden. Eine Reduzierung der Maßnahmen auf schärfere Gesetze oder vorbeugende Maßnahmen, die sich fast ausschließlich an Migrantinnen und Migranten richten (Wiesbadener Erklärung der CDU vom 5. Januar 2008), führt nicht zum gewünschten Ergebnis. Vorbeugende Maßnahmen müssen sich dagegen an alle Bevölkerungsgruppen wenden und insbesondere Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien in den Blick nehmen. Ein besserer Schutz der Bevölkerung bedarf zudem auch einer besseren personellen Ausstattung der Polizei, die in die Lage versetzt wird, über die Aufklärung von Straftaten hinaus auch in den Wohngebieten präventiv zu arbeiten.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, dass die Äußerungen im aktuellen Wahlkampf nicht geeignet sind, die Integration und das Zusammenleben aller in der Gesellschaft zu befördern – im Gegenteil. Wir sind überzeugt, dass sich die demokratischen Parteien gemeinsam mit den Organisationen der Zivilgesellschaft verpflichten sollten, für ein tolerantes Deutschland einzutreten und in ihren Verlautbarungen auf die Verbreitung von Vorurteilen zu verzichten.

Mit freundlichen Grüßen



Annelie Buntenbach
Mitglied des Geschäftsführenden
Bundesvorstandes des DGB

Wolfgang Rhode
Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied der IG Metall



Ulrich Freese
Stellvertretender Vorsitzender
der IG Bergbau, Chemie, Energie



Marianne Demmer
Stellvertretende Vorsitzende
der Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft